

Sparpläne der Landesregierung

Studieren bald die letzten Mediziner in der Hansestadt?



(Foto: René Kube)

Schock für Lübeck: Das Medizinstudium in der Hansestadt soll eingestellt werden. Auf dem Spiel steht mehr als die direkt betroffenen 1.500 Studienplätze.

Die Sparpläne der Landesregierung Schleswig-Holstein sehen harte Einschnitte im Medizinbereich vor. Laut Empfehlungen der Haushaltsstrukturkommission, die sich mit der Konsolidierung der Landesfinanzen befasst hat, sollen ab dem Wintersemester 2011/12 keine neuen Studienanfänger für Medizin mehr in Lübeck immatrikuliert werden. Die Kommission schlug außerdem vor, den Sanierungsstau am Universitätsklinikum (mit den Standorten Kiel und Lübeck) durch private Investoren aufzulösen. „Eine relevante Beteiligung des Landes ist angesichts der Haushaltslage nicht realisierbar“, heißt es in dem Papier. Zugleich wird auf den seit Jahren defizitären Betrieb mit Fehlbeträgen von mehr als 100 Millionen Euro hingewiesen – trotz hoher Landeszuschüsse. Beide Empfehlungen sind Teil eines umfangreichen Gesamtpaketes, mit dem die Landesregierung versucht, Schulden abzubauen. Zum Redaktionsschluss hatte das Kabinett den Empfehlungen geschlossen zugestimmt. Im Parlament verfügt die Regierung nur über eine knappe Mehrheit.

Das Ende des Medizinstudiums - das von den Studenten in Rankings stets gute Noten erhält - hätte für die Hansestadt Lübeck weitreichende Folgen. Die Universität spricht von einem „verheerenden po-

litischen Fehler“. Befürchtet wird, dass damit der gesamte Uni-Standort in Gefahr gerät, weil die anderen Studiengänge um die Medizin angesiedelt sind. In einer Pressekonferenz warnte Präsident Prof. Peter Dominiak vor den Konsequenzen: „Die Einstellung des Medizin-Studiengangs würde den Tod der gesamten Universität in Lübeck bedeuten.“ Zusammen mit Kanzler Dr. Oliver Grundei und den Vizepräsidenten Prof. Enno Hartmann und Prof. Thomas Martinez stellte er entschlossenen Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung in Aussicht. Denn in Lübeck versteht niemand, weshalb die erfolgreiche Arbeit der Hochschule plötzlich beendet werden soll.

Rückblick: Im Frühjahr 2009 wurde bundesweit bekannt, dass Medizinstudenten die Ausbildung in der Hansestadt derart schätzen, dass die Uni in jedem Semester eine Überlast von Studenten verkraften muss, ohne dafür einen angemessenen finanziellen Ausgleich zu erhalten. Die damit verbundenen Probleme wurden im Schleswig-Holsteinischen Ärzteblatt 3/2009 geschildert.

Wenige Monate später wird im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ausdrücklich eine Stärkung der beiden Hochschulstandorte Kiel und Lübeck in Aussicht gestellt. Dafür gibt es ausreichend

Argumente. So wurde etwa die hohe Qualität der Mediziner Ausbildung mehrfach in Rankings dokumentiert. Im Studiengang Medizin wurde Lübeck vom CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) in Deutschland auf Platz eins geführt. Auch in anderen Bereichen gelangen der Universität in den vergangenen Jahren immer wieder Erfolge. So etwa die von der Uni initiierte Gründung einer gemeinsamen Forschergruppe zur Stammzellforschung, für die rund 50 Millionen Euro an Zuschüssen bewilligt wurden. Ein anderes Beispiel: In diesem Jahr wurde der Lübecker Hormon- und Gehirnforscher Prof. Jan Born von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für seine richtungsweisenden Arbeiten auf dem Gebiet der Schlaf- und Gedächtnisforschung mit dem Leibnizpreis ausgezeichnet. Die Uni führt eine ganze Reihe solcher Meilensteine auf, die ohne Mediziner Ausbildung in Lübeck mittelfristig wohl nicht mehr denkbar sind. Von den derzeit rund 2.600 Studenten am Standort Lübeck studieren rund 1.500 Medizin. Aber auch die anderen Studierenden werden wohl mittelfristig nicht in Lübeck bleiben, da die anderen Studiengänge eng mit der Medizin vernetzt sind und ohne diese kaum überlebensfähig sein dürften.

Ein weiteres Argument: Den interessierten Bewerbern für das Studium wird eine Ausbildungsmöglichkeit gerade in Zeiten drohenden Ärztemangels genommen. „Ausgerechnet das Flächenland Schleswig-Holstein spart nun künftig die Studienplätze ein, die von der Bundesregierung so dringend für die Versorgung der ländlichen Bevölkerung zu Recht gefordert werden“, wundert man sich in Lübeck. Auch in der Kassenärztlichen Vereinigung (KVSH) stößt die Entscheidung auf Kritik. „Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Medizinstudenten“, sagte KV-Chefin Dr. Ingeborg Kreuz. „Nur so können wir die Lücken in der Patientenversorgung schließen, die sich jetzt schon auftun.“ Kreuz verwies auf rund 900 Hausärzte, die in den kommenden fünf Jahren in Schleswig-Holstein in den Ruhestand gehen; ähnlich sieht es bei den Fachärzten aus. Medizinischer Nachwuchs in derselben Größenordnung sei nicht in Sicht. Statt an der falschen Stelle zu sparen, sollte die Politik nach Ansicht der KVSH eher stärker in die medizinische Ausbildung investieren. „Dazu gehört auch, am geplanten Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der Universität Lübeck festzuhalten“, sagte Kreuz.



Resolution des Senats der Universität zu Lübeck

Der akademische Senat der Universität zu Lübeck hat mit großem Entsetzen die Absicht des Kabinetts der Landesregierung, den Studiengang Medizin mit dem Wintersemester 2011/12 zu schließen, zur Kenntnis genommen und verurteilt die gegen den Universitätsstandort Lübeck gerichtete Maßnahme schärfstens.

Die Schließung dieses zentralen Studiengangs unserer Universität, der seit vielen Jahren in Deutschland an Nr. 1 vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) gerankt wurde, ist gleichbedeutend mit dem Ende der Universität, denn sie ist aus der Medizin entstanden und alle anderen Studiengänge sind eng mit der Medizin vernetzt. Darüber hinaus gefährdet die Landesregierung mit dieser Maßnahme sämtliche Forschungsprojekte an unserer Universität, die Sonderforschungsbereiche, die Klinischen Forschergruppen und nicht zuletzt die weitere Teilnahme an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder und schädigt damit nachhaltig den Wissenschaftsstandort Lübeck und damit auch Schleswig-Holstein.

Die Universität ist gemeinsam mit dem UK S-H Campus Lübeck der größte Arbeitgeber der Region (ca. 5.000 Beschäftigte) und damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Schließung der Medizin würde viele direkte Arbeitsplätze, aber durch die Zulieferbetriebe auch indirekte Arbeitsplätze vernichten und somit die Stadt Lübeck und die gesamte Region wirtschaftlich stark schädigen. Außerdem entzieht die Landesregierung mit der Schließung der Medizin auch unseren beiden Fraunhofer-Initiativen den Boden ihrer Existenz.

Wir fordern die Landesregierung daher unmissverständlich auf, den Beschluss sofort zurückzunehmen und stattdessen der Universität zu Lübeck die in der Koalitionsvereinbarung gemachte Zusage einer strukturell und finanziell besseren Absicherung endlich zu erfüllen.

Der bereits entstandene Imageschaden für die Universität ist immens und kann nur durch ein deutliches Signal der Landesregierung für die Beibehaltung des Medizinstudiums an der Universität zu Lübeck verringert werden.

Darüber hinaus führen die Lübecker wirtschaftliche Gründe für den Erhalt der Universität an. Nach ihren Angaben hängen allein rund 5.000 Arbeitsplätze direkt von der Universität mit dem Klinikum am Campus Lübeck ab, die nun um ihre Existenz bangt. Hinzu kommen zahlreiche Beschäftigte in Firmen und Instituten, die den Standort gerade wegen der Medizinischen Uni gewählt haben. Als Beispiel nannte Dominiak rund 300 Arbeitsplätze der Fraunhofer-Initiativen in Lübeck, die ohne die Medizin in der Hansestadt nicht präsent wären. Auch die Zukunft der Medizintechnik ist nach einer Schließung des Studiengangs offen. Die enge Kooperation mit Medizintechnikfirmen ist Teil des Erfolges dieser Branche, die nicht nur viele Arbeitsplätze in der Region schafft, sondern auch viel Geld in die Kassen der Kommunen spült. Laut Dominiak macht die Branche 30 Prozent des gesamten Gewerbesteueraufkommens in Schleswig-Holstein aus - ausgerechnet dieser Branche würde man einen wichtigen Kooperationspartner nehmen. Einer Versuchung widerstand Dominiak in der Pressekonzferenz. Auf die Frage, warum denn die Sparempfehlungen nicht Kiel statt Lübeck getroffen hätten, ließ sich der Präsident zu keinem Kommentar gegen die von manchen als Konkurrenz empfundenen Kollegen in der Landeshauptstadt hinreißen. Die Wellen der Entrüstung über die Empfehlungen aus Kiel gingen nur kurz nach ihrer Bekanntgabe deutlich über die Uni hinaus. Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe sieht „Wachstum und Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen fahrlässig gefährdet“. Nach seinen Angaben vergibt die Universität jährlich ein Auftragsvolumen von rund 20 Millionen Euro an die regionale Wirtschaft. In der Stadt will nun ein Krisenstab für die Uni kämpfen und parteiübergreifend versuchen, die

Landesregierung aus CDU und FDP umzustimmen. Neben Politikern sollen dabei Vertreter von Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und den Umlandkreisen mitwirken. Auch die Industrie- und Handelskammer zu Lübeck hält den Erhalt des Medizinstandortes Lübeck für „vordringlich“. Sonst werde die Region in nicht hinnehmbarer Weise geschwächt, hieß es. „Das Medizinstudium bildet den Kern der Universität zu Lübeck - eine Trennung von Medizinausbildung, Medizinforschung und -technik würde das Ende dieser erfolgreichen, international renommierten Hochschule bedeuten.“ Arrangieren könnte sich die IHK dagegen mit der ebenfalls von der Haushaltsstrukturkommission empfohlenen Privatisierung des Universitätsklinikums - im Gegensatz zu Opposition und Gewerkschaft. Ver.di sprach in diesem Zusammenhang von einem „Schlag ins Gesicht“ der über 10.000 Beschäftigten am UK S-H und rief zu Demonstrationen auf. Die Gewerkschaft erinnerte an einen Tarifvertrag bis 2015, in dem Sanierungsbeiträge durch das Personal in Höhe von elf Millionen Euro jährlich enthalten sind, damit am Ende nicht privatisiert wird. Der Vorstand des UK S-H dagegen hält die Durchführung des Masterplans zum Erhalt der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit durch einen privaten Investor für einen geeigneten Lösungsweg. Vorstandschef Prof. Jens Scholz sprach sich dafür aus, die Diskussion um die Zukunft des UK S-H so kurz wie möglich zu halten, „da diese einer weiteren perspektivischen Entwicklung der universitären Medizin im Lande abträglich wäre.“ Mögliche negative Auswirkungen einer weiteren Diskussion dieses Themas befürchtet Scholz für Kooperationen mit externen Partnern, aber auch für die Motivation der Beschäftigten. *Dirk Schnack*



Studenten im Hörsaal

(Foto: René Kube)



Dr. Oliver Grundei (li.) und Prof. Peter Dominiak

(Foto: di)